

KEINE EINSCHRÄNKUNG DES WAHLRECHTS BEI AMBULANTEN PFLEGELEISTUNGEN

BSG, Urteil vom 24.05.2006 – Az: B 3 P 1/05 R

Das BSG hat mit dieser Entscheidung das Wahlrecht pflegebedürftiger Menschen, sich den Pflegedienst auch überregional aussuchen zu können, in erfreulicher Deutlichkeit gestärkt.

Die Beteiligten streiten darüber, ob der Kläger – ein ambulanter Pflegedienst mit Sitz in Sachsen-Anhalt – gegen die beklagte Pflegekasse einen Zahlungsanspruch für Pflegeleistungen hat, die er für eine in Nordrhein-Westfalen wohnhafte Versicherte der Beklagten erbracht hat. Der Kläger ist ein gemeinnütziger Verein, der für seine Mitglieder bundesweit ambulante Pflegeleistungen erbringt und sich insbesondere auf die Krankenhausnachsorgepflege spezialisiert hat. Nach dem Versorgungsvertrag ist der Kläger verpflichtet, die ambulante pflegerische Versorgung der Versicherten in seinem örtlichen Einzugsbereich sicherzustellen. Der Beklagte lehnte die Zahlungsforderung des Pflegedienstes mit der Begründung ab, der örtliche Einzugsbereich des Klägers umfasse nur das Stadtgebiet; Pflegeleistungen außerhalb des so definierten Einzugsbereichs gefährdeten die orts- und bürgernahe Versorgung und könnten deshalb von den Pflegekassen nicht vergütet werden.

Die Vorinstanzen hatten die Klage abgewiesen. Die Revision war erfolgreich. Der Kläger darf auch über den im Versorgungsvertrag festgelegten örtlichen Einzugsbereich hinaus Leistungen der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung erbringen. Die vom LSG vorgenommene Interpretation der vertraglichen Vereinbarung verletze das Wahlrecht der Pflegebedürftigen gemäß § 2 Abs. 2 SGB XI und verstoße zudem gegen das Recht der Pflegeeinrichtungen auf freie Berufsausübung nach Art. 12. Abs. 1 GG. Der Gesetzgeber habe sich – so der Senat – mit den Zulassungsvoraussetzungen des SGB XI am Krankenversicherungsrechtlichen Vorbild der Zulassung für Krankenhäuser und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen orientiert, um Pflegediensten und Pflegeheimen mit Abschluss eines Versorgungsvertrages ebenfalls den Status von „zugelassenen Pflegeeinrichtungen“ zu verschaffen, mit der generellen Berechtigung und Verpflichtung, Pflegebedürftige zu Lasten der Pflegeversicherung zu versorgen. Hiernach reicht es aus, dass eine Pflegeeinrichtung in einem Bundesland zugelassen sei, um Versicherte aus allen Teilen der Bundesrepublik zu Lasten der Pflegeversicherung versorgen zu können. Diese Regelung korrespondiere mit dem Wahlrecht des Versicherten nach § 2 Abs. 2 SGB XI, wonach der pflegebedürftige Mensch sich seinen Pflegedienst aussuchen könne, und stelle einen allgemeinen Grundsatz des Sozialrechts dar, der sich in anderen Büchern des SGB wiederhole und seine Grundlage im allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG finde. (Di)

*Mit freundlicher Genehmigung des Verlages entnommen aus:
Rechtsdienst der Lebenshilfe 1/07, S. 21,
Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger
Behinderung e.V., Marburg 2007*